

Checkliste – Haftungsfalle Arbeitsschutz

**Ab dem ersten
Mitarbeiter!**

Diese Vorschriften müssen Sie einhalten!



**Der branchenunabhängige »Stresstest«
für Arbeitgeber und Führungskräfte**

TESTEN SIE IHRE ARBEITSSCHUTZPFLICHTEN UND PRÜFEN SIE IHRE VERANTWORTLICHKEITEN:

Die folgenden Prüfkriterien bilden die wichtigsten Anforderungen aus dem Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz ab. Bei Fragen können Sie sich auch jederzeit an die zuständige Arbeitsschutzbehörde oder an Ihre gesetzliche Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse) wenden. Die Behörden haben die Arbeitgeber bei der Erfüllung ihrer Pflichten nicht nur zu überwachen, sondern auch zu beraten (§ 21 Abs. 1 ArbSchG).

Forderung	§§	Information	Bußgeld	Erfüllt
Für jedes Unternehmen¹⁾ ab dem ersten Mitarbeiter				
Sie kennen die für Ihre Unternehmen ¹⁾ geltenden Rechts- und Unfallverhütungsvorschriften und haben diese nachweislich umgesetzt.	§§ 18, 19 ArbSchG § 2 DGUV Vorschrift 1	Diese konkreten Forderungen aus dem Arbeitsschutzgesetz richten sich neben dem Arbeitgeber auch an alle Führungskräfte im Rahmen ihres Weisungs- und Delegationsrechts.	Bis zu 5.000 Euro <i>Bei Schadensfällen mit Körperverletzungen oder Todesfolge sind hohe Geld- oder Freiheitsstrafen möglich (bspw. Landgericht Osnabrück vom 20.09.2013 Az. 10 KLs 16/13 - 100.000 Euro und 6 Monate Bewährungsstrafe für die Geschäftsführer).</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Sie haben eine Gefährdungsbeurteilung erstellt und dokumentiert. Sie wird regelmäßig überarbeitet, ergänzt und aktualisiert.	§ 5 ArbSchG § 3 ArbStättV § 3 ArbMedVV § 3 BetrSichV § 3 DGUV Vorschrift 1	Im Jahr 2013 urteilte der BGH zu einem Arbeitsunfall sinngemäß: „ Unkenntnis der Rechtsvorschriften schützt nicht vor Strafe “ und bestätigte damit vergangene Rechtssprechungen.	<i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Ihr Unternehmen ¹⁾ hat eine Fachkraft für Arbeitssicherheit schriftlich bestellt (bzw. beauftragt).	§ 1 ASiG § 2 DGUV Vorschrift 2	Alternativ können Sie einen „überbetrieblichen Dienst“ verpflichten (§ 19 ASiG) oder sich mit anderen Unternehmen zur gemeinsamen Nutzung zusammenschließen (Pool-Betreuung).	Bis zu 500 Euro im ersten Schritt mit Verwaltungszwang und Zwangsgeld oder bis zu 25.000 Euro nach behördlicher Anordnung.	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Ihr Unternehmen ¹⁾ hat einen Betriebsarzt schriftlich bestellt (bzw. beauftragt).	§ 1 ASiG § 2 DGUV Vorschrift 2			<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Es liegen Berichte bzw. Nachweise über die Beratung von Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit vor.	§ 13 ASiG § 5 DGUV Vorschrift 1	Aus den Nachweisen muss auch eine Zusammenarbeit zwischen Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit erkennbar sein (§ 10 ASiG).	Bis zu 500 Euro <i>Verwaltungszwang und Zwangsgeld bei Nichtbeachtung.</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Die Mitarbeiter werden über die Art der praktizierten betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung informiert und wissen, welcher Betriebsarzt und welche Fachkraft für Arbeitssicherheit anzusprechen ist.	§ 2 ff DGUV Vorschrift 2	Informieren Sie Ihre Mitarbeiter auch über ihre Mitwirkungspflichten zum Arbeits- und Gesundheitsschutz (§ 15 ArbSchG, §§ 15, 30 DGUV Vorschrift 1). Auch Arbeitnehmer können mit einem Bußgeld von bis zu 10.000 Euro belangt werden.	Bis zu 500 Euro <i>Verwaltungszwang und Zwangsgeld bei Nichtbeachtung.</i> <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein

¹⁾ Unternehmen im Sinne der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften sind Arbeitgeber jeglicher Couleur (wie Betriebe, Vereine, Körperschaften öffentlichen Rechts, Behörden, kirchliche Träger).

Forderung	§§	Information	Bußgeld	Erfüllt
Sie haben die Pflichten für notwendige arbeitsmedizinische Vorsorgen erfüllt.	§ 11 ArbSchG §§ 3 - 5a ArbMedVV	Durch die Novellierung der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) 2013 ist eine unreflektierte Anordnung von arbeitsmedizinischen Untersuchungen obsolet. Die sogenannten arbeitsmedizinischen Vorsorgen müssen zwingend auf der Grundlage einer Gefährdungsbeurteilung ermittelt werden.	Bis zu 5.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Den Mitarbeitern wurden die geltenden Unfallverhütungsvorschriften und Regeln der Unfallversicherungsträger sowie die einschlägigen staatlichen Vorschriften und Regeln an geeigneter Stelle zugänglich gemacht.	§ 12 DGUV Vorschrift 1	Den mit der Durchführung und Unterstützung von Maßnahmen nach § 2 Abs. 1 DGUV Vorschrift 1 betrauten Personen müssen die für ihren Zuständigkeitsbereich geltenden Vorschriften und Regeln zur Verfügung stehen.	Bis zu 10.000 Euro	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Die Mitarbeiter erhalten ausreichende und angemessene Unterweisungen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Die Unterweisungen werden erforderlichenfalls wiederholt, mindestens einmal jährlich, und dokumentiert.	§ 12 ArbSchG § 4 DGUV Vorschrift 1 § 31 DGUV Vorschrift 1	Ohne Gefährdungsbeurteilung keine Unterweisung , so urteilt das Bundesarbeitsgericht (11.1.2011, 1 ABR 104/09). Die Notwendigkeit einer vorgeschalteten Gefährdungsbeurteilung folgt schon aus dem Wortlaut des Arbeitsschutzgesetzes.	Bis zu 5.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Erweiterte Pflichten für Unternehmen¹⁾ mit jugendlichen Mitarbeitern und schwangere Mitarbeiterinnen				
Schwangere Mitarbeiterinnen werden vom Arbeitgeber der Aufsichtsbehörde unverzüglich (nach Bekanntwerden) gemeldet.	§ 6 MuSchG	Die zuständige Aufsichtsbehörde richtet sich nach dem Landesrecht (bspw. Amt für Arbeitsschutz, Regierungspräsidium).	Bis zu 2.500 Euro	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Sie haben für die Tätigkeit und den Arbeitsplatz einer schwangeren Mitarbeiterin rechtzeitig eine Gefährdungsbeurteilung erstellt.	§ 1 MuSchArbV	Die Mitarbeiterin sowie alle anderen Mitarbeiterinnen müssen über das Ergebnis dieser Gefährdungsbeurteilung sowie der Schutzmaßnahmen formlos unterrichtet werden.	Bis zu 15.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Sie haben vor einer Beschäftigung von Jugendlichen eine Gefährdungsbeurteilung erstellt.	§ 28a JArbSchG	Jugendlicher im Sinne des Gesetzes ist, wer 15, aber noch nicht 18 Jahre alt ist. Der Betriebsarzt und die Fachkraft für Arbeitssicherheit sind daran zu beteiligen.	Bis zu 2.500 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein

Forderung	§§	Information	Bußgeld	Erfüllt
Jugendliche Mitarbeiter werden vor Beginn der Beschäftigung und anschließend mindestens halbjährlich über Unfall- und Gesundheitsgefahren nachweislich unterwiesen .	§ 29 JArbSchG	Der Gesetzgeber verkürzt hier den von der Unfallverhütungsvorschrift geforderten zeitlichen Rahmen von 12 auf 6 Monate.	Bis zu 2.500 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Erweiterte Pflichten für Unternehmen¹⁾ ab 20 Mitarbeiter				
Aus dem Kreis der Mitarbeiter wurden Sicherheitsbeauftragte bestellt. <i>Die Notwendige Anzahl von Sicherheitsbeauftragten finden Sie in § 20 Abs. 1 DGUV Vorschrift 1.</i>	§ 22 SGB VII § 20 DGUV Vorschrift 1	Sicherheitsbeauftragte sind vom Unternehmen schriftlich bestellte Personen, die den Unternehmer, die Führungskräfte, die Fachkraft für Arbeitssicherheit, den Betriebsarzt und die Kollegen unterstützen.	Bis zu 10.000 Euro <i>Verwaltungszwang und Zwangsgeld bei Nichtbeachtung.</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Es werden regelmäßig (mind. 4 x jährlich) Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses abgehalten.	§ 11 ASiG	Dieser Ausschuss setzt sich zusammen aus: dem Arbeitgeber oder einem von ihm Beauftragten, zwei vom Betriebsrat bestimmten Betriebsratsmitgliedern, Betriebsärzten, Fachkräften für Arbeitssicherheit und Sicherheitsbeauftragten nach § 22 SGB VII.	Bis zu 5.000 Euro <i>Verwaltungszwang und Zwangsgeld bei Nichtbeachtung.</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Bei Infektionsgefahren für die Mitarbeiter (Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, Arbeiten im Freien usw.)				
Sie haben eine Gefährdungsbeurteilung nach der Biostoffverordnung (BioStoffV) unter fachkundiger Beratung erstellt und dokumentiert. <i>Eine regelmäßige Überprüfung – mind. alle 2 Jahre – muss schriftlich dokumentiert sein.</i>	§§ 4,7 BioStoffV TRBA 400	Maßgebend ist die Ausrichtung: Umfasst die Aufgabe Tätigkeiten bei der es zu Kontakt mit Viren, Bakterien, Pilzen, Parasiten oder tierischen bzw. pflanzlichen Stoffen kommt, wird eine Tätigkeit im Sinne der BioStoffV ausgeübt.	Bis zu 5.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Es wurden Betriebsanweisungen auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung erstellt.	§ 14 BioStoffV TRBA 400		Bis zu 5.000 Euro	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Die Mitarbeiter erhalten jährlich eine Unterweisung auf Basis der Betriebsanweisung mit einer allgemeinen arbeitsmedizinischen Beratung . <i>Inhalt und Zeitpunkt der Unterweisung sind schriftlich festzuhalten und von den Mitarbeitern <u>durch Unterschrift</u> zu bestätigen (§ 14 Abs. 3 BioStoffV).</i>	§ 14 BioStoffV TRBA 400	Die Mitarbeiter sind auch über die Voraussetzungen zu informieren, unter denen sie Anspruch auf arbeitsmedizinische Versorgung haben. Die allgemeine arbeitsmedizinische Beratung soll Hinweise zu besonderen Gefährdungen, zum Beispiel bei verminderter Immunabwehr, beinhalten.	Bis zu 5.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein

Checkliste – Haftungsfall Arbeitsschutz

Forderung	§§	Information	Bußgeld	Erfüllt
Bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen (bspw. Reinigungs-, Desinfektionsmitteln, Staub, Gasen usw.)				
Sie haben eine Gefährdungsbeurteilung nach der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) unter fachkundiger Beratung erstellt und dokumentiert.	§ 6 GefStoffV TRGS 400	Grundsätzlich muss der Arbeitgeber für alle Tätigkeiten mit Gefahrstoffen eine Gefährdungsbeurteilung durchführen.	Bis zu 25.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Sie haben ein Verzeichnis mit allen im Betrieb verwendeten (und auftretenden) Gefahrstoffen erstellt.				<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Es wurden Betriebsanweisungen auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung erstellt.	§ 14 GefStoffV TRGS 400		Bis zu 10.000 Euro	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Die Mitarbeiter erhalten jährlich eine Unterweisung auf Basis der Betriebsanweisung mit einer allgemeinen arbeitsmedizinisch-toxikologischen Beratung . <i>Inhalt und Zeitpunkt der Unterweisung sind schriftlich festzuhalten und von den Mitarbeitern <u>durch Unterschrift</u> zu bestätigen (§ 14 Abs. 2 GefStoffV).</i>	§ 14 GefStoffV TRGS 400	Die Mitarbeiter sind über die Voraussetzungen zu informieren, unter denen sie Anspruch auf arbeitsmedizinische Vorsorge haben.	Bis zu 10.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Erste Hilfe und Notfallmaßnahmen				
Sie haben in Erster Hilfe aus- und fortgebildete Mitarbeiter. <i>Die notwendige Anzahl von Ersthelfern finden Sie im § 26 der DGUV Vorschrift 1.</i>	§ 10 ArbSchG § 26 DGUV Vorschrift 1	Sie dürfen Personen als Ersthelfer einsetzen, die bei einer von den Unfallversicherungsträgern für die Ausbildung zur Ersten Hilfe ermächtigten Stelle ausgebildet worden sind oder über eine sanitätsdienstliche/rettungsdienstliche Ausbildung oder eine abgeschlossene Ausbildung in einem Beruf des Gesundheitswesens verfügen.	Bis zu 10.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Sie haben im Brandschutz unterwiesene und im Umgang mit Feuerlöschern geschulte Mitarbeiter.	§ 10 ArbSchG 6.2 ASR A2.2	Die notwendige Anzahl von Brandschutzhelfern ergibt sich aus der Gefährdungsbeurteilung. Ein Anteil von fünf Prozent der Beschäftigten ist in der Regel ausreichend. Eine größere Anzahl von Brandschutzhelfern kann z. B. bei erhöhter Brandgefährdung, der Anwesenheit vieler Personen, Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie großer räumlicher Ausdehnung der Arbeitsstätte erforderlich sein.	Bis zu 5.000 Euro <i>Achtung: Regress durch die gesetzliche Unfallversicherung im Schadensfall möglich!</i>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein

Grundlagen zum Arbeitsschutz: Das müssen Sie wissen!



Was ist Arbeits- und Gesundheitsschutz?

Arbeits- und Gesundheitsschutz ist die **gesetzliche Verantwortung des Arbeitgebers gegenüber seinen Mitarbeitern**. Diese konkretisiert sich durch das **Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz**, verschiedenen Verordnungen und dem Sozialversicherungsrecht der Unfallversicherungsträgern (Berufsgenossenschaften bzw. Unfallkassen der Länder). Es sind alternativlose Anforderungen an den Arbeitgeber, ähnlich den Regeln der Straßenverkehrsordnung. Die ergänzenden **Unfallverhütungsvorschriften** sind sozusagen die Versicherungsbedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wer ist für den Arbeitsschutz verantwortlich?

Jeder Arbeitgeber ab dem ersten Mitarbeiter – ohne Ausnahmen. Bei einer juristischen Person (GmbH, AG aber auch einem Verein) trägt der Vorstand oder die Geschäftsführer die Verantwortung. Im Rahmen ihres Weisungs- und Delegationsrechts sind auch **Führungskräfte, beauftragte Mitarbeiter und Betriebsleitungen** für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der ihnen unterstellten Mitarbeiter verantwortlich. Aber nicht nur der Arbeitgeber und das Führungsteam trägt Verantwortung – **jeder Mitarbeiter muss „mitwirken“**.

Was kann mir passieren, wenn ich die Vorschriften nicht einhalte?

„Was passiert, wenn Sie bei Rot über eine Ampel fahren?“ Genauso verhält es sich mit den Arbeitsschutzvorschriften: **Bußgelder** bis 25.000 Euro, bei Personenschäden und grober Fahrlässigkeit die **persönliche Haftung** sowie **Freiheitsstrafen** und **Regressforderungen** der Unfallversicherung. Im Arbeitsschutz ist es wie im Steuerrecht: **Unkenntnis der Rechtsvorschriften schützt nicht vor Strafe**.

Wer braucht eine Fachkraft für Arbeitssicherheit und einen Betriebsarzt?

Jeder Arbeitgeber ab dem ersten Mitarbeiter, so fordert es das Arbeitssicherheitsgesetz. Auch hier gibt es keine Ausnahmen aufgrund der Betriebsgröße. Sie müssen eine mit dem Betriebsarzt und der Fachkraft für Arbeitssicherheit (oder einem Dienstleister)

schriftliche Vereinbarung nachweisen. Die Namen der beiden Akteure müssen den Mitarbeitern bekannt sein. Der Umfang der notwendigen Betreuung kann sich zwischen Einzelberatungen und wiederholender Präsenz bewegen – näheres Regeln die Unfallverhütungsvorschriften. Auch im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderungen (BGF/BGM) wird die Beteiligung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit gefordert (§ 20b Abs. 1 SGB V).

Was ist eine Gefährdungsbeurteilung?

Eine **Gefährdungsbeurteilung** zählt wie die Steuererklärung zu den gesetzlichen Pflichten eines Arbeitgebers. Seit 2013 gilt dies auch für jedes Kleinunternehmen: Nach dem Arbeitsschutzgesetz muss ab dem ersten Mitarbeiter eine fortlaufende und dokumentierte Gefährdungsbeurteilung im Betrieb vorliegen. Welches **haftungsrechtliche Risiko** Arbeitgeber und auch Führungskräfte eingehen, die keine aktuelle Gefährdungsbeurteilung vorliegen haben, zeigt die Rechtsprechung.

Erst durch die Beurteilung der Arbeitsbedingungen oder der Tätigkeit kann eine Analyse der „Gefährlichkeit“ erfolgen. Ein einfaches Beispiel: Sie stellen Ihren Mitarbeitern Handschuhe oder Sicherheitsschuhe zur Verfügung. Warum? Sind Sie sich der Notwendigkeit sicher? Oder erfolgte die Anschaffung auf Hörensagen? „Hat man halt schon immer so gemacht“ – Sie kennen das sicherlich aus anderen Bereichen.

Jährlich werden in Deutschland 5 Mrd. Euro in den Arbeitsschutz investiert, Millionen von Arbeitsstunden für Schulungen und Unterweisungen noch nicht eingerechnet. Umgekehrt werden notwendige Vorkehrungen nicht getroffen, schlicht weil diese dem Arbeitgeber oder den Unternehmensverantwortlichen nicht bekannt sind. Ein Umstand, der sich erstens betriebswirtschaftlich auswirken kann und zweitens sofort haftungsrechtliche Fragen aufwirft (sogenanntes „Organisationsverschulden“).

Ohne Gefährdungsbeurteilung kann es keinen Arbeits- und Gesundheitsschutz im Unternehmen geben. Eine Gefährdungsbeurteilung ist nicht nur im Rahmen der Rechtskonformität alternativlos, sondern auch aus unternehmerischer Sicht.

Wir wollen, dass Sie auf der sicheren Seite sind.

Niemand muss ein Arbeitsschutzexperte sein, um schnell und einfach eine Gefährdungsbeurteilung zu erarbeiten. Ermitteln Sie die Umsetzung und die Compliance mit den aktuellen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften mit der Gefährdungsbeurteilung von riskoo: Über **leicht verständliche Prüffragen**, die von unseren Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit im Vorfeld ausgearbeitet wurden.

Mit riskoo kann jeder eine Gefährdungsbeurteilung erarbeiten.

Betriebe mit nur wenigen Mitarbeitern benötigen hierfür keine **90 Minuten**. Gemeinsam mit unseren Arbeitsschutzexperten erarbeiten Sie in einem Online-Meeting Ihre Gefährdungsbeurteilung. Vorschläge zu Arbeitschutzmaßnahmen werden bei Bedarf von unseren Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit eingeholt. **Das Ergebnis:** eine regelkonforme Gefährdungsbeurteilung. Mit riskoo sparen Sie nicht nur Zeit, sondern auch Nerven.



Impressum

Autoren: Dr. Katja Zugenmaier, Oliver Nöltner

© 2016

riskoo GmbH & Co. KG
Postfach 210964
76159 Karlsruhe

Telefon +49 721 90 98 110 - 0
info@riskoo.de
www.riskoo.de

Die Checkliste einschließlich ihrer Einzelbeiträge und Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urhebergesetzes ist ohne Zustimmung der riskoo GmbH & Co. KG unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung gescannt und in ein Netzwerk gestellt werden. Das gilt auch für das Intranet von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle wird eine Haftung für die Inhalte ausgeschlossen.

Fotos und Grafiken: Infographics designed by Freepik.com; dotshock, Shutterstock.com 113074558

